

10. Mai 2010, 23:30 Studiengebühren

Studiere jetzt, zahle später

Werden Gebühren nach dem Studium fällig, lassen sich auch Bafög-Empfänger nicht schrecken, wie Privatunis belegen.

Von Von Marion Schmidt

Tief in der Nacht, am Küchentisch einer Studenten-WG im nordrhein-westfälischen Witten entstand vor gut zehn Jahren eine Idee. Sie ist jetzt in aller Munde als Modell für sozial verträgliche Studiengebühren: der umgekehrte Generationenvertrag. Der funktioniert ähnlich wie die Rente. Wer Geld verdient, zahlt; wer studiert, profitiert. Studenten, die Gebühren nicht sofort entrichten können oder wollen, werden erst nach Abschluss ihres Studiums, abhängig vom Einkommen, zur Kasse gebeten.

Das Modell wird bereits an zwei privaten Unis praktiziert: in Witten/Herdecke und an der Bucerius Law School in Hamburg. Wenn es nach dem Willen von Wissenschaft und Politik geht, soll es - für den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht nach der Juniorprofessur auch noch das Verbot von Studiengebühren kippt - flächendeckend in Deutschland eingeführt werden.

Angriff auf Gerechtigkeit

Bundesbildungsministerium Edelgard Bulmahn (SPD) wie auch Studentenverbände und Gewerkschaften sträuben sich gegen diese Entwicklung. Sie finden, Studiengebühren seien ein Angriff auf die soziale Gerechtigkeit, sie würden Kinder aus sozial schwachen Familien benachteiligen und vom Studium fern halten.

Ein Schein-Argument: Schon heute sitzen unter den Studenten gerade einmal zwölf Prozent aus benachteiligten Familien. In anderen Ländern, die teilweise sehr hohe Gebühren erheben, ist deren Anteil höher. Selbst in Ländern, in denen erst in den letzten Jahren vom Umsonst- auf das Bezahlstudium umgestellt wurde, etwa in Australien oder den Niederlanden, änderte sich die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft nicht; teilweise stieg die Zahl der Studenten sogar noch an.

Der Abschreckungseffekt durch Gebühren, wie er von den Gegnern gern ins Feld geführt wird, lässt sich auch weder in Witten/Herdecke noch in Hamburg beobachten. An beiden Hochschulen darf jeder studieren, der im aufwändigen Auswahlverfahren einen Platz ergattert - unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Wenn ein Student zwar einen Studienplatz hat, aber kein Geld, wird ihm der Generationenvertrag angeboten. Nach dem Prinzip: Studiere jetzt, zahle später. Die Uni streckt das Geld während des Studiums vor und kassiert, wenn aus dem Studenten ein erfolgreicher Arzt oder Richter geworden ist. In Witten werden ab

einem Jahreseinkommen von 17.000 Euro acht Jahre lang acht Prozent davon fällig.

In Hamburg läuft die Rückzahlung über zehn Jahre ab einem Jahreseinkommen von 25.000 Euro. Wer weniger verdient, zahlt auch weniger. Andererseits kann die Rückzahlung auch gut doppelt so hoch ausfallen wie die tatsächlichen Gebühren. Dafür gibt es jedoch Obergrenzen. Obendrein federn die Hochschulen ihr Modell noch durch weitere Maßnahmen sozial ab. An der Law School etwa bekommen Bafög-Empfänger ein Stipendium, das die Hälfte der Gebühren abdeckt. Zudem können sie zu Sonderkonditionen bei einer Hamburger Bank ein Darlehen aufnehmen. In Witten erhalten ebenfalls zwölf Prozent der Studenten ein Stipendium.

Die Rückzahlungen dürfen insgesamt nicht zu hoch sein, warnt Frank Ziegele, Studiengebühren-Experte des Gütersloher Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), "sonst können sie doch abschreckend wirken". In Australien sei genau das im letzten Jahr passiert, nachdem die Regierung die Gebühren erhöht hat. Er schlägt vor, Empfänger des Bafög-Höchstsatzes grundsätzlich von der Gebührensatzung zu befreien oder durch Stipendien abzusichern.

"Wir sprechen nicht gerne von Gebühren", sagt Malte Herzhoff, Student der Wirtschaftswissenschaft in Witten und Mitglied im Vorstand der Studierendengesellschaft, die den Generationenvertrag verwaltet, "sondern von Beiträgen, mit denen die Studenten in ihre eigene Zukunft investieren". Seine Kommilitonen beschreibt Herzhoff als einen "bunten, breiten Querschnitt durch die Gesellschaft", eher Querdenker als Schnösel, meint er.

Die Zahl der Bafög-Empfänger liegt nach der letzten Erhebung bei 20 Prozent, also lediglich drei Punkte unter der an staatlichen Unis. An der Law School sind es rund 16 Prozent. Auch hier landet nicht nur, wer Geld hat, sagt Geschäftsführer Markus Baumanns, "wir haben die ziemlich gleiche Zusammensetzung wie an einer staatlichen Jura-Fakultät". Dass Gebühren nicht als Abschreckung taugen, belegen auch die Bewerberzahlen in Witten: Zum Wintersemester hatten sich auf die 42 Medizin-Plätze 850 junge Menschen beworben.

Richtig viel Geld bringen die Gebühren den Unis aber nicht ein. An der Law School etwa decken die Studenten-Beiträge zur Zeit gerade einmal ein Fünftel des Hochschulhaushalts, später soll es ein Drittel sein. Eine soziale Ausgestaltung von Gebührenmodellen hat ihren Preis: Stipendien und Darlehen schmälern die Einnahmen der Hochschulen.

Am heutigen Montag wird das CHE eine Modellrechnung für zwei staatliche Hochschulen vorlegen, die Uni Hannover und die Fachhochschule Osnabrück. Bei Gebühren zwischen 1000 und 1200 Euro im Jahr würde Hannover rund 17,5 Millionen Euro einnehmen, die FH Osnabrück etwa 3,7 Millionen. Allein für die Kosten einer sozialen Ausgestaltung gingen der Uni Hannover Einnahmen von vier Millionen verloren, der FH Osnabrück etwa 1,3 Millionen. Andererseits würden ohne

soziale Ausgestaltung wohl so viele abgeschreckt, dass etwa zwölf Prozent weniger Abiturienten dort studieren würden, was wiederum zu Mindereinnahmen führen würde.

Geld schafft Motivation

Mehr noch als den finanziellen Effekt haben Studiengebühren deshalb "einen psychologischen", ist Peter Kallien, kaufmännischer Geschäftsführer von Witten/Herdecke-Herdecke, überzeugt: "Die Studenten sind hoch motiviert, sie haben sich bewusst für uns entschieden, fühlen sich als Teil der Uni und übernehmen auch Verantwortung für sie."

Unklar ist, ob das Wittener Modell für alle anderen Hochschulen taugt. Denn: Wer soll die Anlaufkosten vorstrecken und bei möglichen Ausfällen bei den Rückzahlungen einspringen? In Witten hat die Uni die Gebühren für die ersten Studenten-Jahrgänge vorgestreckt, an der Hamburger Law School springt die Zeit-Stiftung maßgeblich ein.

Bundesweit denkbar sind verschiedene Modelle, beispielsweise auch eine Bundesstiftung, schlägt Kallien vor. Er glaubt, wie auch Markus Baumanns, dass das Modell nachlaufender Gebühren grundsätzlich übertragbar sei. Kallien denkt allerdings nicht, dass Banken sich darauf einlassen, wie sich das Hamburgs Wissenschaftssenator Jörg Dräger vorstellt. "Die sind nicht so nett, die werden das ordentlich verzinsen", sagt der Wirtschaftswissenschaftler, "sonst rechnet sich das für sie nicht."

URL: <http://www.sueddeutsche.de/karriere/studiengebuehren-studiere-jetzt-zahle-spaeter-1.553531>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 9.8.2004

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.